

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 23/2024 vom 06.06.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Das Schutzschild Ost, beziehungsweise Polen beginnt, sich vorzubereiten. General Bieniek über das größte Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg*
- *Podlachien hat Angst vor dem Schutzschild Ost. „Und was, wenn sie anfangen, uns zu aussiedeln?“*
- *Radoslaw Sikorski für europäische Zeitungen: „Polen ist wie eine Panzermine“*
- *Von der Leyen hat die Union im Kampf gegen das Virus geeint. Jetzt will Tusk, dass sie das Böse bekämpft*
- *Der Selbstmord des Westens in Gaza*
- *Europäische Union widerlich machen. So vergiften sie unsere Zukunft*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Das Schutzschild Ost, beziehungsweise Polen beginnt, sich vorzubereiten. General Bieniek über das größte Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg



Quelle: wyborcza.pl

Ein Interview mit **Gen. Mieczysław Bieniek**, Berater des Verteidigungsministers

Dorota Roman: Premierminister Tusk kündigte den Bau des so genannten Schutzschildes Ost an. Am Montag erfuhren wir die Einzelheiten des Programms, das, wie der Leiter des Verteidigungsministeriums erklärte, „darauf abzielt, jeden Teil des Landes zu schützen und zu verteidigen“.

Gen. Mieczysław Bieniek: Dabei handelt es sich um ein strategisches und langfristiges Regierungsprogramm für die polnische Sicherheit. Nach einem Beschluss des Ministerrats sind fünf Ministerien beteiligt: Landesverteidigung, Inneres und Verwaltung, Infrastruktur, Staatsvermögen sowie Klima und Umwelt. Ein Gesetzentwurf über Investitionen, die für die Sicherheit des Staates von besonderer Bedeutung sind, soll dem Parlament noch in einigen Wochen vorgelegt werden. Ich spreche zum Beispiel von Flughäfen, Militäreinheiten und im weiteren Sinne von Projekten, Einrichtungen, die das Funktionieren unseres Grenzgebietes betreffen.

Die gegenwärtigen Szenarien für die Vorbereitung auf Angriffe oder mögliche Feindseligkeiten im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine lassen keine Illusionen über die Notwendigkeit aufkommen, die Verteidigung so schnell wie möglich nachzuholen. Sie müssen mit vielen Bereichen der staatlichen Tätigkeit vollständig koordiniert werden. Es ist unmöglich, die Sicherheit der Polen nur stückweise zu verbessern. Und damit die Pläne Erfolg haben, ist auch die Unterstützung der Bürger erforderlich.

10 Mrd. PLN. zur Sicherung von rund 700 Kilometern der polnischen Ostgrenze, darunter 400 Kilometer mit Belarus. Die Fertigstellung des Ostschildes ist für 2028 geplant.

Das nationale Abschreckungs- und Verteidigungsprogramm „Schutzschild Ost“ wird die größte Militäroperation zur Stärkung der polnischen Ostgrenze und der Ostflanke der NATO seit 1945 sein. Der Abschluss der Verstärkung des Sperrwerks an der Grenze zu Belarus hat für uns Priorität. Wir wissen, dass wir hinter dem Zeitplan zurückliegen, sind uns aber auch der Notwendigkeit bewusst, diesen Rückstand aufzuholen.

Wie soll das gehen?

Vorrangig müssen wir uns um die Verkehrsinfrastruktur kümmern, die an unserer Ostgrenze sehr mangelhaft ist. Befestigungen, Bunker oder Unterstände allein werden niemanden abschrecken. Wir müssen in der Lage sein, diese Gebiete mit Feuerstellungen und militärischen Einheiten abzudecken, um die Sicherheit unserer Grenze zu verteidigen.

In der Nähe dessen, was wir an der Ostgrenze errichten werden, müssen wir über Kräfte und Mittel verfügen, die im Falle einer Aggression gegen Polen sofort mit militärischen Operationen beginnen können. Das Gelände und die natürlichen Barrieren - Sümpfe, Überschwemmungsgebiete, Dämme, dichte Wälder - sollten ebenfalls so gut wie möglich genutzt werden. Auf diese Weise können Feuerstellungen, Hinterhalte und Nachschubzentren eingerichtet und die feindlichen Truppen an die richtigen Stellen gelenkt werden, wenn sie die polnische Grenze überschreiten wollen. Eines der wichtigsten Ziele des Schutzschildes ist es daher, die Bewegung der gegnerischen Truppen so weit wie möglich einzuschränken und gleichzeitig die Mobilität unserer Einheiten zu gewährleisten.

Das heißt, Abschreckung und Vorbereitung auf die Verteidigung unserer Grenze?

Ja, aber auch die Satelliten- und Luftaufklärung in dem gesamten Gebiet ist von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist der Erwerb von Aufklärungsflugzeugen aus den Vereinigten Staaten im Rahmen eines Programms mit dem Codenamen „Barbara“ sehr wichtig. Sie können Ziele in einer Entfernung von bis zu mehreren hundert Kilometern aufspüren.

Könnte der Zentralflughafen nun für Polen von militärischem Nutzen sein?

Sicherlich wird sich die Erhöhung der Kapazität der Verkehrsinfrastruktur durch Projekte wie den Zentralflughafen positiv auf unsere Verteidigungsfähigkeit auswirken. Dies erfordert jedoch eine detaillierte Analyse. Ich weiß, dass diese durchgeführt werden, und ich hoffe, dass bald Entscheidungen getroffen werden.

Unser Bewusstsein für die Bedrohung durch Konflikte und Terroranschläge wächst. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, der am Montag Einzelheiten zum „Schutzschild Ost“ vorstellte, sagte, dass die Regierungskoalition die Sicherheit auf drei Säulen stützt: „die Stärke der polnischen Armee, die Stärke der Bündnisse und die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit“.

Unwissenheit, das Vermeiden des Themas, das Fehlen klarer Botschaften endet immer schlecht. Nur eine informierte Öffentlichkeit ist ein Garant für die Stärke des gesamten Staates. Wir bekommen eine klare Botschaft vom Premierminister, von den Machthabern - wir müssen uns um unsere Sicherheit kümmern, und das ist unsere Priorität. In jeder Notsituation, nicht nur im Krieg, sollte ein Bürger wissen, wie er erste Hilfe leisten kann, wo er Zuflucht finden kann, wie er sich und seine Angehörigen schützen kann. Wie man Dokumente und Besitztümer sichert. Bis jetzt wurde dies vernachlässigt. Es ist viel Zeit verloren gegangen. Das neue Gesetz über den Katastrophenschutz und die Zivilverteidigung soll endlich die entsprechenden Verfahren und Zuständigkeiten der Institutionen, die für die Sicherheit der Bürger sorgen, umfassend regeln. Ein integriertes Vorgehen wird uns den größten Schutz bieten, und das wachsende Bewusstsein der Bürger ist bewundernswert.

Nach Ansicht von Experten werden wir, wenn alles gut geht, in fünf Jahren einen Zivilschutz haben. Permanent spielen wir auf Zeit, und die Zeit ist nicht immer auf unserer Seite.

In der Praxis bedeutet dies sehr harte Arbeit für alle staatlichen Verwaltungen, lokalen Behörden und das Gesundheitswesen. Die Nachlässigkeit ist sehr hoch. Der Zivilschutz muss so schnell und so effektiv wie möglich umgestaltet werden, damit die Infrastruktur, die Menschen und das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger richtig vorbereitet sind. Die Suche nach Schuldigen wird hier nichts ändern.

Die „Gazeta Wyborcza“ deckte die katastrophale Situation des Grenzschutzes auf. Wir schrieben über mangelhafte Ausrüstung, Personalmangel und Investitionen in teure Flugzeuge, die hauptsächlich für Frontex-Missionen im Ausland eingesetzt werden. „Die letzten acht Jahre waren vergeudet. Es wurde keine neue Ausrüstung gekauft, kein Personal geschult und nicht in die Einstellung von Mitarbeitern investiert. Heute haben wir die Luftfahrt des Grenzschutzes fast in den Ruin getrieben“. - sagten die Grenzschützer selbst.

Es gibt eine Reaktion von Minister Tomasz Siemoniak. Der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung wartet nach dem Text der „Wyborcza“ auf Informationen über die Situation der Grenzschutzflieger. Und diese ist zweifellos nicht die beste, weshalb die Ausrüstungsbasis des Grenzschutzes derzeit von der Armee unterstützt wird. Seit dem Krieg in der Ukraine befinden wir uns in einer anderen Realität, auf die wir nicht richtig vorbereitet waren. Jetzt geht es darum, die Situation so schnell und vernünftig wie möglich zu verbessern. Alles hat sich geändert. Ab 2022 müssen unsere Streitkräfte in beschleunigtem Tempo in einen Modus erhöhter Gefechtsbereitschaft übergehen, insbesondere in der Nähe der Ostgrenze. Die Überprüfung unserer Ressourcen und unserer Kampf- und Verteidigungsfähigkeiten findet jeden Tag vor unseren Augen statt. Ich mache keinen Hehl daraus, dass die Situation des Grenzschutzes in der Luft nicht ideal ist. Zweifellos ist die Stärkung und angemessene Ausstattung des Grenzschutzes eine unserer Prioritäten. Und auch hier ist es so wichtig, die Rolle der Europäischen Union bei der Gewährleistung unserer Sicherheit zu verstehen.

Deshalb ist es so wichtig, wer auf den Bänken des Europäischen Parlaments sitzt und ob es sich um Parlamentarier handelt, die die unbestreitbaren Vorteile einer Gemeinschaftsaktion erkennen. Denn die polnisch-belarussische Grenze ist auch eine belarussisch-europäische Grenze, und die EU hat in dieser Hinsicht eine gewisse Verantwortung.

Als ob die aggressiven Neigungen Russlands eine totale Überraschung wären. Als ob uns das ständige Flehen der Ukraine um Waffen nichts gelehrt hätte...

Die Realität sieht so aus: Wer Waffen hat, kann sich sicher fühlen. Natürlich wollen wir mehr Ausrüstung, Munition, militärische Ausrüstung. Die ganze Welt bereitet sich darauf vor, sich zu verteidigen, die Ausrüstung ist sehr teuer, und es gibt langwierige Verfahren, um sie zu kaufen. Es ist eine riesige Anstrengung des Staates und seiner Bürger über Jahre hinweg. Und die Gesellschaft muss sich dessen bewusst sein. Und die letzten Jahre waren für uns fast völlig verloren. Nicht eingehaltene Verträge, unzureichende Anschaffungen, die Politik in der Armee - all das hat unserer Verteidigung geschadet. (...)

Wie nah ist der Krieg, und was verschweigen uns die Behörden darüber?

Wir sagen, dass es eine Bedrohung gibt, dass wir einen Verteidigungsplan erstellen, dass wir die polnische Verteidigungsindustrie stärken. Jeden Tag üben etwa 50.000 Soldaten der polnischen Streitkräfte auf Übungsplätzen und in verschiedenen Einrichtungen. Etwa 14.000 Soldaten der alliierten Streitkräfte, vor allem der amerikanischen, befinden sich auf polnischem Gebiet. An der Ostflanke sind NATO-Kampfgruppen stationiert. Patrouillen verschiedener Verbände sind in erhöhter Alarmbereitschaft. Abgesehen davon geht das Leben normal weiter. Die Menschen fahren in den Urlaub, die Kinder gehen zur Schule. Und so möge es weitergehen. Wir machen all das, damit wir in Frieden leben können.

Das russische Verteidigungsministerium hat Informationen über seine einseitige Absicht veröffentlicht, seine Seegrenzen in der Ostsee zu revidieren. Putin will die Grenzen in der Ostsee revidieren?

Im internationalen Recht ist dies ohne die Zustimmung der anderen Partei nicht möglich. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen regelt alle derartigen Änderungen. Und auch die Russische Föderation hat sich diesem Übereinkommen angeschlossen.

Wie sehr sollte die Absurdität dieser Idee, die schließlich von den offiziellen Websites der russischen Regierung entfernt wurde, beunruhigen?

In der gegenwärtigen geopolitischen Lage hat jede Botschaft des russischen Aggressors einen bestimmten Zweck. Die Funktion solcher Botschaften besteht darin, bei den potenziellen Empfängern Verwirrung zu stiften und sie zu verunsichern. Eine Zeit lang verursacht die Desinformation Chaos und Unsicherheit in ihrem politischen und sozialen Raum. Die Information über die einseitige Absicht Russlands, seine Seegrenzen in der Ostsee zu ändern, erreichte vor allem die Ostseeanrainer sofort. Helsinki und Vilnius reagierten schnell und forderten Russland auf, sich an das Völkerrecht zu halten. Diese Art von Maßnahmen ist ebenfalls fester Bestandteil von Putins hybrider Kriegsführung. Es ist ein ständiges Ausloten der Reaktionen der NATO-Staaten auf weitere provokative Äußerungen und Aktionen. Russland testet aus, wie weit es gehen kann und wie unsere Antwort ausfallen wird. (...)

Wir haben in Polen eine Berufsarmee. Wir hatten die letzte Wehrpflicht im Jahr 2008, und seit 2010 ist die Wehrpflicht in Polen ausgesetzt worden.

Ausgesetzt, aber nicht abgeschafft. Das Gesetz sieht vor, dass die Wehrpflicht in Krisen- oder Kriegszeiten eingesetzt werden kann. Eine solche Situation haben wir jetzt nicht. Dies wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Kosiniak-Kamysz während der Debatte im Sejm in der vergangenen Woche klar und deutlich bestätigt, ganz im Gegensatz zu den falschen Informationen, die in unserem Raum erscheinen.

Sollte es zu einem direkten Angriff von einer feindlichen Seite kommen, würde zuerst das Militär in die Schlacht geschickt werden. Sollte die Situation jedoch den Einsatz von so genannten Reserven erfordern, müssen wir darauf vorbereitet sein. Deshalb ist und bleibt die Ausbildung der Reservisten notwendig und als letztes Mittel sogar die Einsetzung der Wehrpflicht durch Einberufung. Das ist das letzte Mittel im Kriegszustand. Der Zweck solcher Maßnahmen besteht dann darin, eventuelle Truppenverluste aufzufüllen oder neue Einheiten zu schaffen. Anfang März dieses Jahres hat das Verteidigungsministerium eine Verordnung über die Art und Weise der Ableistung des obligatorischen Grundwehrdienstes veröffentlicht, die unter anderem regelt, wer von diesem Dienst befreit werden kann und in welchen Situationen. (...)

In der EK gibt es keinen Kommissar, der für Sicherheitsfragen in der Gemeinschaft zuständig ist. Zu den Kandidaten für diesen Posten gehören der polnische Außenminister Radosław Sikorski und die estnische Premierministerin Kaja Kallas. Die Ernennung eines Verteidigungskommissars wurde von der Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf der 60. Münchner Sicherheitskonferenz und dem Europäischen Wirtschaftskongress in Katowice angekündigt. Die Bedrohung durch Russland und das Risiko einer Wiederwahl Donald Trumps in den USA haben Europa wachgerüttelt.

Ursula von der Leyen betonte, sie und die Gemeinschaft seien für ein Bündnis mit den USA, aber Europa müsse sich rüsten. Es muss die Rüstungsindustrie erweitern. Deshalb ist die Einsetzung eines Kommissars für die Verteidigungsindustrie so wichtig. Wir haben einige gemeinsame Verteidigungsprojekte, aber das ist nicht genug. Wir brauchen eine umfassende europäische Intensivierung in diesem Bereich, die auch von unseren ukrainischen Nachbarn dringend benötigt wird. Es ist wichtig, ein europäisches Luftverteidigungssystem aufzubauen.

Bedeutet der Aufbau eines neuen europäischen Sicherheitssystems, dass es in die NATO-Strukturen integriert wird oder eine völlig eigenständige Einheit bildet?

Es geht darum, dass die Fähigkeiten der EU die der NATO ergänzen und nicht mit ihr konkurrieren. Gemeinsame Projekte bedeuten auch eine Senkung der Kosten. Der Kauf einzelner Waffenkomponenten wird zwischen 21 Ländern aufgeteilt. Ein Beispiel ist der Airbus A400M Atlas, ein viermotoriges schweres Transportflugzeug, das ein gemeinsames europäisches militärisches Transportflugzeug ist. Dieses vielseitige Flugzeug dient EU-Ländern, aber auch NATO-Ländern. Es wird auch für verschiedene Aspekte der Verteidigung unseres Cyberspace eingesetzt. Die Bemühungen der EU, ihre Verteidigung zu stärken, sind weit fortgeschritten. Die Integration des europäischen Verteidigungssystems in gewissem Umfang in das NATO-System wird uns eine stärkere Verteidigungsidentität verleihen. Aber wir erschaffen keine Armee der Europäischen Union. Aus diesem Grund sind die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament so wichtig. Wir müssen Menschen wählen, die verstehen, wie ernst die Bedrohungen für Europa sind. Sie sollten sich für den Ausbau seines Sicherheitssystems aussprechen, denn nur so können wir uns gegen die russische Bedrohung verteidigen. (...)

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,31007750,tarcza-wschod-czyli-bunkry-miny-drony-i-system-rozpoznania.html>



**ICH BIN MIT DER TRANSPLANTATION EINVERSTANDEN,
ABER ES SOLLTE NICHT JEMAND MIT RADIKALEN ANSICHTEN SEIN.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Podlachien hat Angst vor dem Schutzschild Ost. „Und was, wenn sie anfangen, uns zu aussiedeln?“



Quelle: wyborcza.pl

Von **Maciej Chołodowski**

Der nationale Sicherheitsplan mit dem Codenamen „Schutzschild Ost“ wurde von Premierminister Donald Tusk am 18. Mai während der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges in der Schlacht von Monte Cassino in Krakau angekündigt. Für seine Umsetzung werden 10 Milliarden PLN bereitgestellt, eine Milliarde davon in diesem Jahr.

Mit dem Geld sollen 400 Kilometer der Grenze zu Russland und Weißrussland befestigt werden. Der Gürtel von Militäreinrichtungen soll sich bis zu 50-100 Kilometer ins Land hinein erstrecken.

Schutzschild Ost. Mit diesen Befestigungen und den Bunker kann man leben

Die Arbeiten am Schutzschild Ost sollen bis 2028 abgeschlossen sein. „Es wird ein Schutzschild sein, der uns vor potenziellen Angriffen aus dem Osten schützen wird, aber er wird so konzipiert sein, dass er den Feind abschreckt. Es wird eine Strategie sein, um Krieg von unseren Grenzen abzuwehren“, kündigte Donald Tusk an.

Der Leiter des Verteidigungsministeriums und stellvertretende Ministerpräsident Władysław Kosiniak-Kamysz betonte: „Wir wollen uns um jeden Zentimeter, jeden Quadratmeter Polens kümmern. Die Aufgabe des Schutzschildes Ost wird es sein, die Grenzen zu schützen, die Bewegung des Feindes zu behindern

und die Bevölkerung zu schützen. Ich zähle auf die Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften, mit der lokalen Gemeinschaft, mit der lokalen Regierung.“

Der Chef des Generalstabs der polnischen Armee, General Wiesław Kukuła: „Alles, was wir tun werden, geschieht in enger Absprache mit der Zivilbevölkerung, mit den lokalen Behörden.“

Der der PiS angehörende Starost Jan Perkowski aus dem Kreis Białystok ist gegenüber diesen Ankündigungen zurückhaltend. Einige der Gemeinden in diesem größten polnischen Bezirk liegen direkt an der polnisch-weißrussischen Grenze.

„Ich hoffe, dass wir bald die Einzelheiten darüber erfahren, wie die lokalen Regierungen in dieses Projekt einbezogen werden sollen. Im Moment sind das alles nur Medienberichte. Ich kann mir vorstellen, dass Befestigungsanlagen, Bunker, Sperren gebaut werden, aber das ist eine Frage des Geldes. Wenn es dafür Geld gibt, wird die lokale Regierung helfen. [...]“, sagt Perkowski.

[...]

Auch der Leiter des Grenzbezirks Hajnówka, Andrzej Skiepkowski, hat keine Ahnung, was genau die Zentralregierung mit den lokalen Behörden absprechen würde. Wie Perkowski war auch er für den Bau eines 186 Kilometer langen Stahldamms an der Grenze zu Weißrussland, der schließlich 2022 stand, sich aber als undicht erwies und nun verstärkt werden soll.

„Weitere Verstärkungen werden dazu führen, dass das Ausmaß der illegalen Grenzübertritte abnimmt“, sagt Skiepkowski. „Es ist möglich, mit diesen Befestigungen, den Bunkern, zu leben. Befestigungsanlagen 200-300 Meter innerhalb der Grenze werden die Arbeit der uniformierten Beamten sicherlich erleichtern.“

Schade um ganz Podlachien

Opaka Duża in der Podlachien-Gemeinde Czeremcha im Kreis Hajnów ist eines jener Dörfer, deren Häuser und Felder an den Grenzzaun grenzen. [...]

„Was diesen Schutzschild betrifft, so gibt es Angst“, gibt Joanna Puzzkarewicz, die Frau des Dorfvorstehers, zu.

[...]

Die Dorfvorsteherin schaut sich um. Schließlich gesteht sie: „Es besteht vor allem die Angst, dass sie mit der Aussiedlung beginnen werden. So einen Gedanken lasse ich gar nicht zu. Und ganz allgemein ist es schade um Podlachien. Niemand will mehr hierherkommen. Was Putin macht, ist wirklich beängstigend. Wenn er angreifen will, dann helfen keine Barrieren oder Befestigungen. Wenn er Raketen abschießt, werden sie auch Warschau erreichen.“

[...]

Nach einer Weile, wenn das Thema in die Enteignung abgleitet, sagen sie mit Empörung: „Nein, nein, nein! Wenn die das so machen wollen, dann werden wir uns sicher, wie die Umweltschützer, an die Bäume binden. Wenn sie hier Gräben zur Verteidigung ausheben oder Bunker bauen wollen, nur zu. Aber wenn sie uns hier rausschmeißen wollen, wo sollen wir dann hin?“

Während wir hier sprechen, kampieren drei Kilometer entfernt, am Grenzzaun auf der weißrussischen Seite, junge Frauen aus Somalia, eine von ihnen schwanger und minderjährig, für einen weiteren Tag. Sie wollen internationalen Schutz in Polen. Es gibt keine Chance, dass sie durch das eine Tor im gelassen werden, durch das immer noch völkerrechtswidrige Pushbacks durchgeführt werden.

[...]

Es ist schwer vorstellbar, unter solchen Bedingungen zu leben

[...]

Oliwia Hurley kandidierte bei den letzten Kommunalwahlen für das Amt des Bürgermeisters der Touristenstadt Białowieża. [...] Sie stellte fest: „Schutzschild Ost wird unsere Region in eine total militarisierte Zone verwandeln, es wird die Natur zerstören, und Enteignungen werden notwendig sein, um

Befestigungen zu bauen. Es ist schwer vorstellbar, unter solchen Bedingungen den Tourismus zu entwickeln, und ganz allgemein ist es schwer vorstellbar, unter solchen Bedingungen zu leben.“

[...]

Zsfg.: JP

<https://bialystok.wyborcza.pl/bialystok/7.35241.31017968.tarcza-wschod-jak-putin-zechce-to-zadne-fortyfikacje-w-podlaskiem.html>

Radosław Sikorski für europäische Zeitungen: „Polen ist wie eine Panzermine“



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Interview mit **Radosław Sikorski**, Minister für auswärtige Angelegenheiten

Bartosz Wielinski, Tonia Mastrobuoni, Gloria Rodriguez-Pina: Russland hat angekündigt, seine Grenzen im Baltikum zu verlegen. Und es scheint damit begonnen zu haben, an der Grenze zu Estland, wo russische Dienste eine Boje am Fluss Narva entfernt haben. Wie werden die NATO und die Europäische Union auf eine solche Provokation reagieren?

Radosław Sikorski: Wir prüfen ständig die Fakten, wir wollen sicher sein, was passiert. Die Flussbetten verändern sich ständig und deshalb müssen die Schifffahrtsrouten geändert oder der Grenzverlauf korrigiert werden. Wir sind mit diesem Problem vertraut, denn die deutsch-polnische Grenze verläuft schließlich entlang der Oder. Es würde mich jedoch nicht wundern, wenn Putin ein kleines NATO-Land provoziert, nur um böswillig Verwirrung und Angst unter den Bürgern zu stiften. Schauen wir uns also die Größe und den Umfang der Aktionen an, über die die Russen kurz im Internet berichtet haben.

Generell hat sich die Position Russlands im Baltikum seit dem Einmarsch in der Ukraine verschlechtert. Finnland und Schweden sind der NATO beigetreten, die militärischen Kräfte auf der strategisch wichtigen Insel Gotland werden verstärkt. Russlands Grenzankündigung könnte ein Zeichen von Schwäche und Panik sein.

Dennoch ist die russische Ostseeflotte intakt.

Ja, aber wir sind in der Lage, mit ihr das zu tun, was die Ukrainer mit der russischen Schwarzmeerflotte gemacht haben.

Vor einigen Tagen besuchte Putin Minsk, wo gemeinsame russisch-weißrussische Nuklearmanöver begannen. Muss Europa das fürchten?

In den vergangenen Jahren hat Putin bereits die Raketen mit Nuklearsprengköpfen und das Sprengkopf-Lager im Königsberger Gebiet modernisiert. Aus unserer Sicht ändert sich nichts. Schon als ich mit den USA über den Bau von Elementen des Raketenschildes in Polen verhandelte, drohten die Russen damit, uns mit Atomwaffen auszulöschen. Sie taten dies so oft, dass ich an die russischen Generäle appellieren musste, uns nicht öfter als einmal im Quartal mit Atomwaffen zu drohen. Dann hörten sie für eine Weile auf. Atomwaffen sind die letzte Karte, die Putin in der Hand hat. Aber wir sollten nicht vergessen, dass die russische Armee nicht für den Kampf in radioaktiv verseuchtem Gelände ausgerüstet ist. Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen birgt viele solcher komplizierten Implikationen. Deshalb sollten wir uns von russischen Drohungen nicht einschüchtern lassen.

Sollte Polen deshalb nicht über eigene Atomwaffen verfügen?

Polen hat den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ratifiziert. Und beabsichtigt, dabei zu bleiben.

Was ist mit dem Beitritt zum NATO-Programm zur gemeinsamen Nutzung von Kernmaterial?

Je weniger in der Öffentlichkeit darüber gesprochen wird, desto besser.

[...]

Die Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die den russischen Einfluss in Polen untersuchen soll. erinnert das nicht an die Kommission, die die PiS vor den Wahlen unter der „Lex Tusk“ eingerichtet hat, um politische Rache zu üben?

Nein, die Unterschiede sind grundlegend. Die von der PiS eingesetzte verfassungswidrige Kommission hatte das Recht, Personen aus der Politik auszuschließen. Es sollte eine politische Kommission mit staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Befugnissen sein.

Die von unserer Regierung eingesetzte Kommission ist dagegen nur ein beratendes Gremium des Justizministers. Sie wird frühere Fälle untersuchen, journalistische Recherchen verfolgen und dem Justizminister Empfehlungen für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft geben. Und das war's dann auch schon. Alles wird hinter verschlossenen Türen stattfinden, ohne Kameras, niemand wird aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen sein.

Lässt sich der russische Einfluss in Polen erkennen?

Unter Ihnen ist eine Journalistin aus Spanien, einem Land, in dem die Russen Separatisten finanziell unterstützt haben. In Paris malten russische Agenten Davidsterne an die Wände, um jüdische Einwohner zu stigmatisieren. In Deutschland und Großbritannien schickten die Russen Mordkommandos. Ein polnischer Richter floh kürzlich nach Belarus. Wir glauben, dass dies eine russische Operation war.

Die Russen operieren also überall, auch in Polen. Wir sollten daher unser politisches System und die öffentliche Meinung gegen russische Manipulationen immunisieren. Putin führt seit 2011 einen Krieg gegen uns, seit der Zeit der großen Proteste in Moskau und St. Petersburg gegen seine Rückkehr ins Präsidentenamt, die er als vom Westen inspiriert bezeichnete.

Die Herausforderung muss erkannt und angenommen werden.

Glauben Sie, dass die PiS unter russischem Einfluss stand?

Natürlich in einem ideologischen Sinne. Schauen Sie sich nur ihre Propaganda an: antieuropäisch, gegen Minderheiten, der Kult um die polnische Version des Machismo. Sehen Sie sich nur die Nutzung der öffentlichen Medien durch diese Partei an, die Einheit von Partei und Kirche. Das alles sind Merkmale des Putinismus. Sie sagen, sie hassen Putin, aber ihre Agenda ist ähnlich. [...]

In jedem Land ist mindestens ein Drittel der Bevölkerung anfällig für autoritäre Ideen und sehnt sich nach der traditionellen Vergangenheit. Die Russen haben das erkannt und konzentrieren sich auf diese Wähler. In Polen sind die Adressaten dieser Ideen die PiS und die *Konfederacja*.

In den letzten Wochen wurden russische Spione und Saboteure festgenommen. Die Regierung warnt vor russischen Cyberangriffen. Ist Polen auf solche Bedrohungen vorbereitet?

Zunächst einmal verstärken wir unsere Ostgrenze. Nicht nur gegen illegale Migration, sondern auch gegen die militärische Bedrohung. Ich möchte betonen, dass es hier nicht um die Migration von armen Menschen geht, die ein besseres Leben wollen. An der Ostgrenze sind wir mit einem organisierten Angriff auf die Europäische Union konfrontiert. 90 % der Menschen, die versuchen, die polnisch-weißrussische Grenze zu überqueren, haben russische Visa in ihren Pässen. Diese Menschen wurden ermutigt, in verschiedenen Ländern Afrikas und des Nahenostens anzukommen, nach Moskau gebracht, von wo aus sie dann nach Weißrussland gebracht und zur Grenze mit der EU geleitet wurden.

[...]

Der Plan ist einfach. Russland und Weißrussland gehen zu Recht davon aus, dass, wenn wir die Grenze nicht kontrollieren können, die extreme Rechte bei den Wahlen in unseren Ländern und bei den Europawahlen triumphieren wird. Und das wird die Union sprengen.

Sie würden diesen Migranten also nicht die in der Genfer Konvention vorgesehenen Privilegien gewähren?

Ich selbst kam in den 1980er Jahren als Flüchtling im Vereinigten Königreich in den Genuss solcher Privilegien. Die Genfer Konvention wurde mit Blick auf Einzelpersonen verabschiedet, nicht auf Millionen von Menschen. Zahlen spielen eine Rolle. Eine Milliarde Menschen auf der anderen Seite des Mittelmeers würden lieber in Europa als in Afrika leben. Sind wir in der Lage, sie aufzunehmen? Nein.

Die Menschenrechte stehen jedoch auf dem Spiel....

Es gibt kein Menschenrecht, das einem die Möglichkeit gibt, überall auf der Welt zu leben, wo man will. Es gibt kein Menschenrecht, das es einem erlaubt, Grenzen illegal zu überschreiten. [...]

Migranten haben jedoch das Recht, einen Asylantrag zu stellen, der bearbeitet werden muss.

Ja. Und deshalb sieht der Migrationspakt die Einrichtung von Aufnahmezentren vor, in denen Asylanträge schnell anerkannt werden und Menschen, die keine Chance auf Asyl oder ein Aufenthaltsrecht haben, in die Länder zurückgeschickt werden, aus denen sie kommen. [...]

Die Regierung von Donald Tusk hat im EU-Rat gegen den von Ihnen erwähnten Migrationspakt gestimmt. Wird Polen ihn anwenden?

Wir sind mit einigen seiner Bestimmungen nicht einverstanden. Wir sind noch dabei zu prüfen, welche Auswirkungen sie in unserem Land haben wird.

Bitte denken Sie auch daran, dass Polen von den EU-Ländern die meisten Kriegsflüchtlinge aufgenommen hat. Uns droht eine weitere Flüchtlingswelle, sollte es Putin gelingen, das ukrainische Stromnetz zu zerstören. [...]

Die Nachrichtenagentur Reuters behauptete vor einigen Tagen unter Berufung auf ihre Quellen, Putin sei bereit, über einen Waffenstillstand an der Frontlinie zu verhandeln. Ist dies eine glaubwürdige Ankündigung?

Moderat gesagt: Ich habe nur begrenztes Vertrauen in Wladimir Putin. Wenn er die Kämpfe beenden will, soll er den Krieg beenden, indem er sich aus der Ukraine zurückzieht. Das könnte er mit einem einzigen Telefonanruf erreichen. Ich kann mir sogar vorstellen, was er in den Hörer sagen müsste: „General Gerassimow, bitte beenden Sie ab morgen die militärische Sonderoperation“. Die Tragödie ist, dass die Ukraine ihn nicht dazu zwingen kann.

Würden Sie polnische Truppen in die Ukraine schicken?

Wir sollten keine Option ausschließen. Lassen Sie Putin raten, was wir tun werden.

[...]

Mischt sich Russland Ihrer Meinung nach in die Wahlen zum Europäischen Parlament ein?

Natürlich tut es das. Sie haben sich seit 2014 in unsere Wahlen eingemischt. Sie haben sich in die US-Wahlen eingemischt, in das Referendum über den Brexit. [...]

Da Le Pen die deutsche extreme Rechte losgeworden ist, könnte sie eine Koalition mit der Partei der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eingehen.

Wir freuen uns natürlich, dass Ministerpräsidentin Meloni so viel Sinn für die Unterstützung der Ukraine gezeigt hat. Das wissen wir sehr zu schätzen.

Was sind die roten Linien für Ihre Partei im zukünftigen Europäischen Parlament? Was hält Sie von einer Zusammenarbeit mit der extremen Rechten ab?

Ich bin nicht ängstlich. Aber ich glaube an die Maximierung des Wahlergebnisses von Parteien, die pro-europäisch sind. Den Nationalisten ist gemein, dass sie die EU als etwas Fremdes behandeln, als ‚sie‘ und nicht wir. Sie schlagen einfache Lösungen für komplexe Probleme vor, und außerdem wollen sie in der europäischen Politik den Keks essen und gleichzeitig den Keks behalten. Sie verlangen, dass die Union die Ziele erreicht, die sie ihr vorgeben, sprechen ihr aber die Kompetenz dazu ab. In der Sprache der Militärs gibt es den Begriff der ‚Kampferkennung‘. Wenn sie an die Macht kämen, würden sie mit eigenen Augen sehen, dass ihr Programm nicht aufgeht. Aber diese Erkenntnis würde uns sehr teuer zu stehen kommen.

Was halten Sie von einem Bündnis zwischen der Europäischen Volkspartei und den Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), einer Fraktion, der auch Meloni und die PiS angehören?

Einige Parteien, die der EKR angehören, waren früher in der Europäischen Volkspartei, das gilt auch für die PiS. Nur dass sie vor 10 Jahren eine andere Partei war. Die PiS war damals keine antieuropäische Partei. Das PiS-Programm von 2007 zeigt, dass sie schon damals verstanden hat, dass starke europäische Institutionen kleineren Ländern dienen. Doch der ehemalige Justizminister Zbigniew Ziobro, der in Polen die Rolle von Nigel Farage (dem Hauptbefürworter des Brexits) spielt, hat den rechten Flügel in acht Jahren zu einem glühenden Anti-EUismus bekehrt. Heute sagen Politiker der PiS, die EU sei schlimmer als die Sowjetunion. Wenn ich solche Worte höre, frage ich: Wie viele Millionen Menschen hat die EU bisher ermordet?

[...]

Welche Herausforderungen sehen Sie für das nächste Parlament und die Europäische Kommission?

Vor allem Politik machen. Das Europäische Parlament hat echte Macht, und man muss Koalitionen eingehen und Kompromisse schließen, um mehr Probleme zu lösen.

Wir unterstützen Ursula von der Leyen als Kandidatin für den Vorsitz der Europäischen Kommission, weil wir glauben, dass sie kompetent ist und den europäischen Mainstream repräsentiert. Sie hat bei Themen, die uns wichtig sind, ihr Wort gehalten.

In ihren aufeinanderfolgenden Reden zur Lage der Union sprach sie von der Notwendigkeit, die EU geopolitisch aktiver und verteidigungsorientierter zu machen. Ich unterstütze dies.

Was ist mit der Reform der EU-Verträge?

Wir sind nicht dafür. Wir sind unter anderem der Meinung, dass die EU-Erweiterung ohne eine Änderung der Verträge erfolgen kann.

[...]

Ich würde die Einstimmigkeit nur in einem Bereich abschaffen: bei Abstimmungen über die Verhängung von Sanktionen. Eine Situation, in der ein Land in der Lage ist, die Verhängung von Sanktionen zu stoppen oder zu verlangsamen, ist nicht gut.

Die Europäische Union ist sich einig, wenn es um die Unterstützung der Ukraine und ihrer Politik gegenüber Russland geht. Warum ist es so schwierig, beim Gaza-Krieg Einigkeit zu zeigen?

Angefangen bei der Tatsache, dass der gegenwärtige Zyklus der Gewalt von der Hamas begonnen wurde - das scheint unumstritten zu sein. Auch in der Europäischen Union gibt es einen Konsens, dass ein palästinensischer Staat notwendig ist. Polen erkennt Palästina seit 1988 als Staat an. Leider ist der Einfluss der EU auf den Gang der Dinge im Nahen Osten begrenzt.

[...]

Präsident Andrzej Duda will nicht zustimmen, dass die neue Regierung die Botschafter austauscht, und kündigt an, dass er entscheiden will, wer der polnische EU-Kommissar wird. Wer ist in Polen für die Außenpolitik zuständig?

Lesen Sie bitte Artikel 146 der polnischen Verfassung, die Bestimmung lässt keinen Zweifel.

Vor einem Jahrzehnt sagten Sie in Berlin, dass Sie mehr Angst vor deutscher Untätigkeit als vor deutscher Stärke hätten. Hat sich das geändert?

Heute würde ich das Gleiche sagen. Die Deutschen sind nicht sehr stark, stattdessen sind sie manchmal im Rückstand. Wir haben das in den ukrainischen Angelegenheiten gesehen, zum Beispiel bei den Diskussionen über die Lieferung von Leopard-Panzern. Aber jetzt ist die deutsche Unterstützung für die Ukraine am größten. Die Deutschen sind also in der Lage, ihre Meinung zu ändern, sich überzeugen zu lassen. Jetzt haben sie gesehen, dass wir zu Recht vom Putin im Zusammenhang mit dem Bau der Nord-Stream-Gaspipeline gewarnt haben.

Die Entfernung zu Russland ist wichtig. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit Deutschlands gegenüber Russland ist Polen wie eine Panzermine. Aber russische Panzer werden Deutschland nicht bedrohen.

Warum?

Weil ihre Motoren nicht den EU-Normen entsprechen. Wenn sie die polnische Grenze überqueren, werden sie von unserer Verkehrspolizei angehalten.

Gesprochen von Tonia Mastrobuoni (La Repubblica), Gloria Rodriguez-Pina (El Pais), Bartosz T. Wieliński (Gazeta Wyborcza).

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,31007725,radoslaw-sikorski-dla-europejskich-gazet-polska-z-punktu-widzenia.html#:~:text=Rosja%20i%20Bia%C5%82oru%C5%9B%20s%C5%82usznie%20zak%C5%82adaj%C4%85.uwa%C5%BCa%20polski%20minister%20spraw%20zagranicznych>.

Von der Leyen hat die Union im Kampf gegen das Virus geeint. Jetzt will Tusk, dass sie das Böse bekämpft



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Przybylski**, Chefredakteur von *Visegrad Insight*, Präsident der Stiftung *Res Publica*.

Ursula von der Leyen und Donald Tusk wollen, dass Europa die Erfahrungen mit der Pandemie für den Umgang mit Russland nutzt. Können sie alle notwendigen EU-Ressourcen dafür mobilisieren?

„Polen kennt die [russische] Bedrohung aufgrund seiner Geschichte und seiner Weitsicht besser als die meisten anderen Länder“, erklärte Ursula von der Leyen in ihrem ‚Plan für Europa‘ in ihrer Rede in Katowice. Auf ihrer Reise durch die mittel- und osteuropäischen Länder wählte sie Polen als einen der Schwerpunkte ihrer Wiederwahlkampagne. Wie sie eingangs sagte, „liegt der Wendepunkt für Europa in Polen“.

Von der Leyen lobte die demokratische Wiedergeburt in unserem Land und griff weit in die polnische Geschichte zurück, indem sie unter anderem den Namen Józef Piłsudski fehlerfrei aussprach und die Rolle Mittel- und Osteuropas bei der Gestaltung der europäischen Gemeinschaft belegte. Damit befriedigte sie unser Gefühl des Nationalstolzes. Es ist bedauerlich, dass sie zwar zwei äußerst wichtige Bereiche der europäischen Politik treffend benannt hat, aber bei keinem der beiden das Tüpfelchen auf dem i gesetzt hat. Was hat in ihrer Rede gefehlt? Die Aussicht auf eine demokratische Erneuerung in ganz Europa und das Versprechen einer erweiterten Union.

Welche Perspektive für Demokratie und Sicherheit fehlt Europa?

Erstens muss die demokratische Erneuerung Europas die lebendige Zivilgesellschaft in Polen berücksichtigen, einschließlich der Stimmen der polnischen Frauen. Es war ihre Sorge um die persönlichen Freiheiten und die Gewährleistung der Sicherheit vor autokratischen Tendenzen, die auf der Nachfrageseite des politischen Kapitals von Donald Tusk standen.

Die Demokratie muss systemisch, aber auch finanziell unterstützt werden. Bei der Festlegung neuer Ziele für Europa sollte sich die Europäische Kommission dazu verpflichten, die Mittel für die Priorität „Bürger, Gleichheit, Rechte und Werte“ (CERV) aufzustocken, aus der seit mehreren Jahren kaum zivilgesellschaftliche Aktivitäten in der gesamten Union finanziert werden. Dies sollte die erste Linie im Kampf für die Demokratie sein.

Die Europäische Kommission sollte auch versprechen, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die Desinformation und ihre Auswirkungen, die die europäischen Demokratien heute in ganz Europa spalten, einzudämmen. Man braucht kein neues Weißbuch zur Verteidigung, das von der Leyen versprochen hatte, um zu wissen, dass ein Budget für einen der hunderte von Panzern, die künftig von der EU finanziert werden sollen, ausreichen würde, um die Zivilgesellschaft in einigen der kleineren mittel- und osteuropäischen Länder zu stärken, die heute dem Einfluss des Kremls erliegen. Die neue Kommission muss die Demokratie in Europa glaubwürdiger unterstützen, wenn sie bei der Einhaltung der Verträge wirklich effektiv sein soll.

Die Entdeckung von Piłsudski durch die EU

Zweitens hat Brüssel noch nicht begriffen, warum die Erinnerung an Piłsudski und sein Vermächtnis, das letztlich nicht gerade der demokratischen Kultur entspricht, für Europa so wichtig sind. Um den autokratischen Führer Polens in der Zwischenkriegszeit, dessen Armee die Bolschewiken 1920 daran hinderte, in Berlin und im Westen einzumarschieren, entstand eine strategische Perspektive, deren Wert den Schaden, der den bürgerlichen Freiheiten auf diesem Weg zugefügt wurde, aufwiegt.

Polens strategische Kultur verkündet seit mehr als einem Jahrhundert zwei europäische Wahrheiten: erstens, dass Russland die größte Bedrohung für uns alle ist - und von der Leyen hat bei dieser Behauptung nicht gezögert - und zweitens, dass Europa erst dann von der Bedrohung durch eine Invasion aus dem Osten befreit sein wird, wenn alle osteuropäischen Staaten Teil eines kontinentalen Systems von Normen und Werten sind.

Mit anderen Worten: Die Erweiterung ist für die Sicherheit Europas notwendig, und die Rede der Kommissionspräsidentin hätte dies entsprechend unterstreichen sollen. Es ist daher unerlässlich, die Ukraine zu unterstützen und nicht nur, wie viele unserer westlichen Partner sagen, „so lange es eben dauert“. Die Ukraine soll gewinnen und damit als Mitgliedsstaat Teil der europäischen Wertegemeinschaft werden. Nur eine solche Formulierung der Perspektive für Europa wäre eine aktualisierte Vorstellung von Piłsudskis Politik. Und diese Idee ist es wert, auf die neu entstehende strategische Kultur der Union übertragen zu werden.

Jede andere Anstrengung, die lediglich dazu führt, dass die Ukraine unterstützt wird, verlängert die Agonie an der Front und gibt Russland Zeit, sich neu zu formieren. Die Turbopläne der Kommission zur „Aufstockung der Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren“ sind langfristig sinnvoll und werden von der politischen Führung unterstützt. Aber in Kriegszeiten reichen sie für die Verteidigung nicht mehr aus, denn es muss sofort gehandelt werden.

Tusks Fünf-Punkte-Plan für Europa

In den Reden der Kommissionspräsidentin und des Ministerpräsidenten der polnischen Regierung wird die künftige strategische Agenda der EU umrissen, d.h. die Prioritäten, die von den Regierungschefs vereinbart und nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments von der neuen Kommission umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund sticht die erste und wichtigste Priorität der neuen polnischen Regierung hervor - die Sicherheit -, die von den Staats- und Regierungschefs der Union auf drei Säulen gestützt wird:

Verteidigung der Grenzen und Erweiterung, wirtschaftliche Sicherheit sowie Freiheit und demokratische Sicherheit.

„Das Virus, das Europa während der Pandemie zerstörte, war nie das Übel, das heute Städte bombardiert und unschuldige Zivilisten tötet und verletzt. Das Virus hat keine Anschläge in europäischen Ländern verübt und keine Brandstiftung verursacht“, erklärte Donald Tusk am selben Tag und dankte der EK-Präsidentin für ihre Pläne zur Schaffung eines neuen Verteidigungskommissars.

Gleichzeitig fügte Tusk hinzu, dass Polen erst zufrieden sein werde, wenn der europäische Verteidigungshaushalt 100 Milliarden Euro erreicht habe. Seiner Meinung nach wird nur eine solch bedeutende Investition die Grundlage für die Sicherheit Europas „für eine lange Zeit, vielleicht für immer“ sein.

Tusk formulierte daher sehr viel konkreter die politischen Prioritäten für Europa. „Der europäische Luftraum muss sicher sein, und diese Aufgabe erfordert Taten“, erklärte er zu Beginn seiner Rede. Und das war zwar eine Geste als Antwort auf die deutschen Forderungen, aber auch eine kleine Ermahnung. Denn Polen ist beim Aufbau eines Raketenschutzschildes weiter fortgeschritten als seine Nachbarn.

Außerdem erklärte der Premierminister, dass ein „sicheres Territorium“ von „sicheren Grenzen“ für die EU abhängt, „die Grenzen müssen um das Frieden auf dem Kontinent willen geschützt werden“. In diesem Punkt sprach Tusk dasselbe Thema an, wie Präsident Macron in einer kürzlich gehaltenen Rede an der Sorbonne: Europa muss seine Grenzen definieren und sich um sie kümmern. Tusk verwendete in diesem Zusammenhang nicht den ambivalenten Begriff „europäische Souveränität“, sondern verwies auf die Migration, die von Russland und Weißrussland für eine hybride Kriegsführung genutzt wird, und wies darauf hin, dass die EU die Kontrolle zurückgewinnen muss.

Erst im dritten Punkt wandte sich Tusk an die auf dem Europäischen Wirtschaftskongress versammelten Wirtschaftsführer. Er sprach sich für ein sicheres Verfahrensumfeld aus, das das einheimische europäische Unternehmertum gegen unlauteren Wettbewerb aus dem Ausland fördert. Wie Gastgeber Jerzy Buzek vertrat er die Ansicht, dass Klimamaßnahmen Wohlstand und Unternehmertum fördern sollten. Buzek forderte die EU auf, den Fonds für Gerechte Transformation für Dutzende von Regionen wie Katowice fortzuführen, die eine solche Unterstützung benötigen.

Im letzten, fünften Punkt seines Plans für Europa brachte Tusk eine Emotion zum Ausdruck, die von den europäischen Konservativen schon lange aufgegeben wurde, obwohl sie für ihre politische Identität so wichtig ist. Er erklärte nämlich seine Bewunderung für den Geist des geeinten Europas und seine Verehrung für seine Einzigartigkeit, Geschichte und Schönheit.

Wollte Tusk mit diesem Akzent auf einen eher sachlichen Tagesordnungspunkt das Image der technokratischen EU aufwärmen? Oder wollte er signalisieren, dass er Giorgia Meloni im laufenden Kampf um die Machtbalance im Europäischen Parlament zuzwinkert? Die Partei Fratelli d'Italia würde sich für keinen der fünf Punkte von Tusk schämen, und die Europäische Volkspartei könnte ihre Stimmen in der kommenden Wahlperiode brauchen. Der Ausgang der Wahlen zum Europaparlament wird letztlich den Ausschlag geben.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,31015129,von-der-leyen-zjednoczy-la-unie-w-walce-z-wirusem-teraz-tusk.html>

Der Selbstmord des Westens in Gaza



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von **Jan Hartman**

Vor einem Jahrhundert verkündete Oswald Spengler den „Untergang des Abendlandes“. Tja, und hat den Untergang heraufbeschworen. Seine Diagnose, dass die westliche Kultur in eine Phase der Erschöpfung und Dekadenz eintritt, erwies sich als richtig. 20 Jahre nach der Veröffentlichung seines berühmten Aufsatzes brach der Zweite Weltkrieg aus, gefolgt von den schwierigen Zeiten des Kalten Krieges. Drei Faktoren ließen uns jedoch den laufenden Prozess vergessen. Erstens der unglaubliche wirtschaftliche Wohlstand des Westens, zweitens die weltweite moralische und politische Revolution der Jahre 1967 und 1968 und drittens der Fall des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1989 und 1990. Diese großen Errungenschaften schoben das Sterben des Westens um mehrere Jahrzehnte hinaus. Der alte Westen erholte sich und erlebte noch ein paar gute Jahre, bevor er endgültig krank wurde.

Nur liegt dies alles hinter uns. Was wir jetzt erleben, ist eine Beschleunigung des historischen Prozesses der Ent-Abendlandisierung der Welt und vor allem des Westens selbst. Was wir bisher als Globalisierung erlebt haben, ist nichts Anderes als die Verwischung der Grenzen unserer Zivilisation, ein Prozess, durch den der Westen durchlässig wird, keine klaren kulturellen und politischen Konturen mehr hat und in seiner ehemaligen Substanz immer amorpher und magmatischer wird. Vor allem aber ist er schwach, schämt sich seiner selbst und ist infolgedessen nur noch in der Lage, Gewalt gegen sich selbst anzuwenden.

Das Sterben des Westens gleicht dem langsamen Selbstmord eines alten Mannes in Depression, der nicht in der Lage ist, in einem einzigen Akt sich das Leben zu nehmen, sondern in Trägheit, Müßiggang und

Verwahrlosung verfällt, was ihn in einen Tod führt, mit dem er sich bereits abgefunden hat. Nach der glorreichen Entkolonialisierung Afrikas ist nun die Zeit für die berüchtigte „Entkolonialisierung“ Europas gekommen - zur Strafe dafür, dass es eine Metropole war, wird es nun selbst zur Kolonie, zu einem zu erobernden Gebiet. Es verzichtet auf jede Kausalität und erklärt sie sich selbst durch die historische Gerechtigkeit, ein historisches Schicksal, dem es glorreich hilflos gegenübersteht. Ehre für dich, Europa! Europa hört nicht nur auf, die Metropole, das pulsierende Herz der Weltkultur und -politik zu sein, sondern verabschiedet sich auch von den Illusionen, die es ihm, einschließlich Amerika, erlaubten, diese Rolle zu spielen und aus denen es seine Macht bezog. Mit den Kolonien und der Arroganz verschwand auch der bürgerliche Glanz aus Europa, und die neue demokratische Bourgeoisie mit all ihrer Bescheidenheit, ihrem Opportunismus und ihrem Pazifismus war keineswegs in der Lage, in die Fußstapfen ihrer Vorfahren zu treten, so wie diese ja auch in der Lage waren, den Aristokraten die feudale Welt und ihre Ressourcen zu entreißen und die Macht des Grundbesitzes durch die Macht des Geldes, des Handels und der Industrie zu ersetzen. Die westliche Gesellschaft, höflich und von ihren eigenen Idealen gelähmt, kämpft für nichts mehr, oder wenn doch, dann gegen sich selbst, d. h. gegen die realen oder imaginären Überreste des alten Suprematismus. Sie kämpft gegen die Schatten ihrer Vorfahren, damit sie nicht Hannibal vor den Toren sehen muss.

Der Pazifismus ist zur obersten Weisheit des Westens geworden, weil er als reine und edle Idee von der Pflicht zum Kampf befreit und einen glücklichen Frieden zu den Bedingungen eines potenziellen Feindes verspricht. Wir müssen nur abdanken, wir müssen nur aufgeben und nichts wollen, und dann wird das Schicksal, das die Welt uns zuwirft, unser neues Glück sein. Das ist es, was der moderne Nihilismus, der sich als Stoizismus tarnt, predigt.

Der Westen weiß nicht einmal mehr, wer sein Feind ist. Er will ihn nicht benennen, denn wie kann er einen Feind benennen, ohne sich einen noch größeren Feind zu machen? Also versucht er es gar nicht erst, um den Wolf nicht aus dem Wald herbeizurufen. Wie ein Kind tut es so, als gäbe es keine Feinde, oder wenn doch, dann nur die „eigenen“, d. h. die noch nicht ausreichend befriedeten, nicht ausreichend pazifistischen unter uns. Ein solcher innerer, zahmer Feind wird uns nicht schaden. Über einen wirklich gefährlichen, fremden Feind sollte man sich besser nicht lustig machen. Es ist besser, ihn nicht einmal zu benennen. Außerdem ist das Benennen stigmatisierend, und Pazifisten lieben alle und wollen niemanden beleidigen oder diskriminieren.

Und bis vor ein paar Jahren war es zumindest noch erlaubt, Terroristen etwas Schlechtes zu wünschen. Pfui, man konnte ihnen sogar wünschen, dass ihre Organisationen aufhören zu existieren. ISIS, al-Qaida... Jetzt ist nicht einmal das sicher. Denn der Dschihad ist schließlich kein größeres Übel als eine Demonstration der Stärke, ein Verrat angesichts der historischen Entscheidung für die Schwäche, die der Westen in seinem sühnenden Gedenken getroffen hat. Nur das nicht! Keine Machtdemonstration, sonst kommt Hitler zurück!

Der Hamas wünscht man also nicht den Tod. Niemand schreit „Hamas vernichten!“ Oder zumindest: „Die Hamas hat den Krieg verursacht und ist mitschuldig am Tod von Zivilisten, unter denen sie sich mit satanischem Kalkül versteckt!“, „Lasst die Hamas kapitulieren und der Krieg wird aufhören!“ Nein, stattdessen fühlt sich der Westen verpflichtet, ihr zu wünschen, dass sie fort dauert, und verkündet bei jeder Gelegenheit, dass sie nicht zerstört werden kann. Es sind die Juden, die den Krieg beenden sollen. Sie sollen der Hamas eine Pause gönnen und sie weiter existieren lassen. Es sind die Juden und nur die Juden, die an den Opfern dieses Krieges schuld sind.

Warum das so geschieht? Warum diese besondere, fast freundschaftliche Behandlung einer mörderischen Bande von Fanatikern? Worin besteht der Unterschied zwischen der Hamas und ISIS? Nun, durch die Spezialisierung! Ihr Ziel ist enger gefasst - sie wollen jeden Juden ermorden, den sie in die Finger bekommen. Ist das aus historischer Sicht nicht richtig und gerecht? Ist es nicht eine große Erleichterung, dass sie nicht uns ermorden wollen, sondern die Juden, die dennoch „unsere“ genug sind, dass wir sie ohne Angst vor Vergeltung in unsere Lieblingsselbstkritik aufnehmen können, und orientalistisch genug, dass wir ihre Ausrottung leicht als ein Ereignis außerhalb unserer Welt betrachten können, ein weiteres Gemetzel unter Fremden?

Ja, der Westen weigert sich zum ersten Mal in der Geschichte seines Pazifismus, sich auf die Seite einer Gemeinschaft zu stellen, die brutal angegriffen und in den Krieg gezwungen wurde. In seiner Angst vor dem Nicht-Westen kuschelt er sich an die Mörder, wie aus Dankbarkeit dafür, dass sie anstelle der Franzosen und Amerikaner nur „Zionisten“ ermorden. Er opfert ihnen eifrig Juden und sagt: „Sie sind Völkermörder, macht mit ihnen, was ihr wollt!“ Dem Westen fällt es leicht, die Juden zu opfern, denn die Juden haben sich an ihm furchtbar schuldig gemacht. Woran sind sie schuld? Nun, sie haben eine schreckliche Sache getan. Sie haben den Westen dazu gebracht, die unverzeihlichen Qualen der Schuld für ihren Holocaust zu erleiden. Eine Vernichtung, bei der sie nach ihrer eigenen Auffassung lediglich ihre Identität gegen das östliche Element, vertreten durch ein untreues Volk, verteidigt haben.

Und so ist der Jude im verrottenden, zerfallenden Westen zu einer zweideutigen und widersprüchlichen Figur geworden, die den Verfall der westlichen Identität symbolisiert. Es gibt den inneren Juden, d. h. den zum Westen gehörenden, der auf die übliche, intern angewandte Weise ausgerottet werden kann. Er ist unser Judenfaschist. Unser, das heißt zivilisiert und ungefährlich. Man kann ihn verachten, denn schließlich wird er keinen Anschlag auf seine westliche Heimat verüben. Aber da der Jude hier schon immer die Fremdheit repräsentiert hat, so wie heute die Muslime, die die westlichen Länder bevölkern, kann man ihn ohne Bedauern zum Sündenbock machen und die ganze Wut und Frustration der Überforderung und Angst vor der Auseinandersetzung mit dem Islam an ihm auslassen. Indem sie den Juden opfern - unter dem Namen Israeli, dessen Erniedrigung ja kein verbotener „Antisemitismus“ ist -, wollen sich die Massen der desorientierten Westler die Gunst der Nichtwestler erkaufen, unter denen sie schließlich schon bis zum Ende leben werden, bis die Fata Morgana des „Westens“ mit all seiner postkolonialen weißen Obszönität endgültig verschwindet.

Ein Jude, der einen Moslem ermordet, ist die moralische Erlösung für den Westen. Hier bestätigt sich, dass sie, vom Faschismus als Opfer berührt, ihn nun in sich aufgenommen haben und unseren alten Faschismus, schändlich wie die Syphilis, über die Grenzen Europas hinaustragen. Vom Faschismus angesteckt, zogen sie nach Osten, um eine Kolonie zu gründen, und müssen den Preis dafür zahlen, dass sie so lange im Westen waren, dass sie sich nicht haben vernichten lassen, und als Zugabe demütigen sie einen noch mit dem Holocaust. Die Rechnung wurde ihnen heute von der Hamas präsentiert - haben sie nicht selbst darum gebeten? Wer hat ihnen befohlen, zu existieren und durch ihre Existenz den Holocaust herbeizuführen, der so erfolglos war, dass sie immer noch zu kolonialen Eroberungen fähig waren?

Nicht mehr wir sind die Faschisten gegen die Juden, sondern die bösen Juden haben unseren Faschismus genommen und dorthin zurückgebracht, wo sie herkommen. Damit hört unser Krieg gegen den Nicht-Westen auf, unser Krieg zu sein. Wir sind keine Kämpfer. Wir sind Pazifisten. Es sind die Nichtwestler, oder jedenfalls die Schlimmsten unter uns, der Abschaum des Westens, die diesen Krieg an unserer Stelle führen. Aber nicht in unserem Namen!

Und wir glauben, dass die Muslime, wenn sie die Juden endlich vernichten und sie für den Kolonialismus, den Faschismus und alle unsere westlichen Verbrechen bestrafen, ihre Wut befriedigen und uns in Ruhe lassen werden. Aber das ist töricht! Wer glaubt, wenn wir die Juden („Israelis“, „Zionisten“) den Muslimen zum Fraß vorwerfen, werden sie sich mit dieser Beute zufriedengeben und sich unter einen Baum legen, um sie zu verdauen, ist naiv. Ich glaube jedoch, dass es so viele naive Menschen gar nicht gibt.

Stattdessen sind viele zynisch. Der Hamas zu umschmeicheln, ihr fast den Sieg zu wünschen, oder jedenfalls ostentativ keine Niederlage zu wünschen, ist Ausdruck der Hilflosigkeit einer verängstigten und demobilisierten westlichen Gesellschaft. Sie hat kein Gefühl von Bindung mehr, keine Solidarität und keinen Zusammenhalt. Sie ist nur noch durch Angst und Feigheit geeint. Indem sie die Juden opfern, indem sie sich fast offen auf die Seite ihrer Todfeinde stellen, hoffen sie, etwas Zeit und etwas Mitleid zu gewinnen.

Und ja, etwas Zeit kaufen sie sich. Aber es wird keine Zeit sein, die der Rettung unserer westlichen Identität gewidmet ist. Sie ist längst zu einer Ohnmacht der endlosen Sühne verkommen, zu einem feigen Amoralismus, der sich in einer schändlichen Anbiederung an den Feind und in einem Ablassen von Aggression und Frustration an denen äußert, die zu sehr „unsere“ und zu sehr zivilisiert sind, um es uns mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Schäm dich, Westen, für deinen Überhaupt-Gar-Keinen-Antisemitismus, deinen glorreichen „Antizionismus“, deine noble Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod jüdischer Kinder. Gut, dass du so feinfühlig auf den Tod palästinensischer Kinder reagierst, allerdings nur, wenn du dich vor der Welt damit brüsten kannst, dass du nicht die feigen Banditen, die sich in ihrer Mitte verstecken, dafür beschuldigst, in der Hoffnung, dass die Juden nicht angreifen werden, und wenn sie doch angreifen, kann man wieder die Leichen der Kinder zeigen, um zu beweisen, dass nicht die Hamas, sondern allein die Juden daran schuld sind. Die ganze Konstruktion ist so sehr durchsichtig und das Spiel des Pazifismus auf Kosten der Juden über die Maße vulgär. Aber nicht die Juden sind die Verlierer, sondern der Westen, der gerade seine Hausaufgaben in Sachen Verrat macht, um umso schneller und effektiver den ultimativen moralischen und kulturellen Selbstmord zu begehen.

Zsfg.: AV

<https://hartman.blog.polityka.pl/2024/05/28/samobojstwo-zachodu-w-gazie/?nocheck=1>

Europäische Union widerlich machen. So vergiften sie unsere Zukunft



Quelle: wyborcza.pl

Von **Janusz Lewandowski**

Janusz Lewandowski ist Europaabgeordneter der Bürgerplattform und ehemaliger EU-Kommissar für Haushalt und Finanzplanung.

Das gab es schon. Beim Beitrittsreferendum 2003 drohten die *Liga der Polnischen Familien* und die *Samoobrona*. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union würde ihrer Ansicht nach neue Teilung Polens, den Erwerb von Land durch die deutsche Bevölkerung und die Zerstörung der Landwirtschaft durch eine Flut westlicher Lebensmittel bedeuten. Die Schreckszenarien wirkten sich auf die Volksabstimmung aus und schürten die Furcht vor einer aggressiven und gottlosen Union. Sie verängstigten die Landbevölkerung, die zuhause blieb und mit 52 Prozent gegen den Beitritt stimmte. [...]

Gibt es hier extra Knette?

Wir stehen kurz vor unserem 20-jährigen Bestehen in der Union. Wir haben viel zu feiern. Die EU-Investitionen haben das städtische und ländliche Polen verändert. Bis März 2024 erhielt der ländliche Raum 78 Mrd. EUR von der EU, darunter 50 Mrd. EUR an Direktzahlungen, die eine Sozialabgabe für kleinere Betriebe darstellen. Die durchschnittliche Hektarsubvention im Jahr 2023 betrug 246,8 €. Zusammen mit der nationalen Übergangsunterstützung entspricht dies dem EU-Durchschnitt. Die Ausfuhren polnischer Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse sind um das Zehnfache gestiegen, und anstelle des früheren Defizits wurde eine positive Bilanz erzielt.

Die Euroschiizophrenie früherer Unionsgegner wurde entblößt. Sie waren begierig darauf, die EU-Zulagen zu ergattern, die sie früher als „Judas-Silberlinge“ nannten. Einer von ihnen, der wusste, dass ich Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments geworden war, meldete sich bei mir und fragte: „Du musst doch wissen, ob es hier etwas extra Knette gibt?“ (Zitat im Original). Er bezog sich dabei auf die günstigen Kredite, die den Abgeordneten im Sejm zur Verfügung stehen. Seine Enttäuschung darüber, dass er dieses Privileg im Europarlament nicht hatte, verstärkte wahrscheinlich seine Feindseligkeit gegenüber der Union, nicht aber gegenüber den Eurosilberlingen, die er gerne sammelte....

[...]

Angesichts der unwiderlegbaren Beweise und greifbaren Vorteile sollte das ländliche Polen das Vertrauen in die Anti-EU-Rhetorik verlieren. Dies ist jedoch nicht geschehen, als die Fackel des EU-Ekels von der *Liga Polnischer Familien* die PiS übernommen hat.

Jetzt haben sie Angst vor dem „westlichen Verfall“.

An die Stelle wirtschaftlicher Anschuldigungen - die nur schwer aufrechtzuerhalten sind - sind weltanschauliche Anschuldigungen getreten. Diese verstärkten sich nach dem Abtreibung-Urteil des Verfassungsgerichts unter Przyłębska zur im Oktober 2020.

Das Urteil löste Massenproteste der „schwarzen Regenschirme“ aus, fügte aber dem Narrativ vom wirtschaftlichen Untergang Polens in der EU eine religiös-kulturelle Dimension hinzu. Huntingtons berühmte These vom Zusammenprall der Zivilisationen fand eine Illustration auf unserem Boden. Es ist nicht mehr die Zerstörung der Landwirtschaft und der gesamten Wirtschaft, die uns bedroht, sondern die Zerstörung unserer nationalen Identität. Der moralische Verfall des Westens bedroht die traditionellen Werte. Die Stimme desselben Pfarrhauses, das während der Teilungen und der Besatzung das nationale Gedächtnis pflegte, ertönt nun mit den PiS Anschuldigungen. Verständlich, denn die Trennung von Staat und Kirche, die in den Werten der EU verankert ist, und die Säkularität des öffentlichen Lebens bedrohen die Privilegien der Kirche.

Dies ist einer der Gründe, warum die PiS in der Opposition und insbesondere in der Regierung nach 2015 in der Lage war, sich bei Bedarf auf ein anhaltendes Misstrauen gegenüber der Union zu stützen. Dieses Misstrauen ist zwar in der Minderheit, lässt sich aber im Rahmen der Wahlerfordernisse leicht wiederbeleben.

Während der Europawahlen 2014 und 2019 hatten PiS-Politiker und Präsident Duda Momente der saisonalen Liebe zur EU. Doch tagtäglich sickerte Gift in die Köpfe der Menschen, wobei der Sender TVP eine große Rolle spielte. Eine Fülle von Lügen und Schwachsinn wurde verbreitet, in der Hoffnung, dass „das unwissende Volk es abkauft“. Die Hoffnung hat sich erfüllt, was die Macht der immer wieder erzählten Lüge bestätigt. Für mich gibt es kein erschütternderes Beispiel für diese These als die Karriere der neofaschistischen und prorussischen AfD in den Staaten der ehemaligen DDR, wo mehrere Jahrzehnte der Nazi-Propaganda nahtlos in mehrere Jahrzehnte der kommunistischen Propaganda übergangen.

Nach jahrelanger Gehirnwäsche überrascht es nicht, dass auch Präsident Dudas Worte über eine „imaginäre Gemeinschaft“ (er hatte das mit EU-Mitteln wunderschön renovierte Starostynski-Gut in Leżajsk im Hintergrund) oder Ministerpräsident Morawieckis Unsinn über Polen als Nettozahler in die EU auf fruchtbaren Boden fallen. Gerade als es so aussah, als sei der Wettbewerb um den größten Blödsinn entschieden, meldete sich NBP-Chef Glapinski zu Wort und teilte solche Weisheiten: „Die Mittel vom Nationalen Wiederaufbauplan sind sinnlos. Die Auswirkungen auf den Lebensstandard sind gleich null.“ Er hatte so viel zu sagen über tausende von Kinderkrippenplätzen, Computer für 90 Prozent der Lehrer und 1,2 Millionen Schüler oder Stipendien für Medizinstudenten....

Die Diffamierung der Union ging Hand in Hand mit der Diffamierung der polnischen Eliten - Kulturschaffenden, Richtern, Ärzten, Lehrern - mit dem Ziel, ihnen die Glaubwürdigkeit zu entziehen, wenn sie über den Wert der Union für unsere Chancen auf Zivilisation und Sicherheit argumentierten. Kaczyński trat in die Fußstapfen der [früheren] Besatzer, die in diesen Eliten den Geist und die Seele der Nation sahen (nur die Priester verschonte er).

Polexit auf Raten

Schlimmer noch, die PiS hat uns nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten aus der Union abgemeldet. Es hat einen praktischen Rückzug Polens aus dem europäischen Rechtsraum gegeben, indem die Institutionen der Rechtsstaatlichkeit, die unsere Eintrittskarte in die NATO und die EU waren, demontiert wurden. Der „gute Wandel“ in seiner patriotischen Haltung gegenüber der Kohle hat die geduldigen Bemühungen vereitelt, den polnischen Energiesektor in Einklang mit den Realitäten des 21. Jahrhunderts und den Klimazielen der Union anzupassen. Dies hat die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des unvermeidlichen Übergangs erhöht. Am akutesten für Polen war der finanzielle Polexit, d. h. die beschämende Verzögerung des Nationalen Wiederaufbauplans und der neuen Generation von Strukturfonds für 2021-27. Erst jetzt wurde die Blockade endlich aufgehoben!

Der symbolische Akt war das Hinaustragen der EU-Flagge aus dem Büro von der Ministerpräsidentin Szydło, was in einer 1:27-Tragifarce gipfelte - ein Beweis für hoffnungslose Einsamkeit und Marginalisierung. Sogar von Orbán im Stich gelassen!

Nach dem unglücklichen Brexit hat die Dreistigkeit der offenen Befürworter eines Austritts ihrer Länder aus der EU abgenommen. Sogar Marine Le Pen, die sich früher als „Madame Frexit“ präsentierte und zugab, dass sie vom Kreml finanziert wurde, ist weicher geworden. Heute geben sie sich als Befürworter einer „Reparatur“ der Union aus. Indem sie sie von innen heraus schwächen. Sehr zur Freude Putins.

Die PiS lässt die Tarnung

Im Gegensatz dazu ist die Kampagne der PiS zum ersten Mal so offen antieuropäisch. Auf einer Demonstration der Landwirtschaftsgewerkschaften und der „Solidarność“ am 10. Mai in Warschau tauchten Polexit-Slogans auf, die auf die PiS-Konventionen abgestimmt sind. Das ist die Apokalypse, die in der Sprache der *Liga der Polnischen Familien* und *Samoobrona* seit dem Beitrittsreferendum 2003 geschrieben steht: wirtschaftliche Vernichtung, vor allem des Agrarsektors, geistige Vernichtung und sogar physische Vernichtung der polnischen Staatlichkeit. Dabei ist die PiS kein Solist, sondern Mitglied eines in vielen Ländern lauten antieuropäischen Chors.

Leider fällt dies auf einen Boden, der in unserem Land seit Jahren von dem TVP-Sender vorbereitet wird. Bedauerlicherweise wird es Auswirkungen auf die Europawahlen 2024 haben, aber – noch schlimmer – es wird bleibende Spuren hinterlassen. Diese Propaganda macht es schwer, unsere geopolitischen Verhältnisse zu verstehen. Das Schüren antieuropäischer Stimmungen in einer Zeit, in der die Einheit und Solidarität des demokratischen Westens gegenüber dem imperialen Russland der Garant für unsere Sicherheit ist, ist ein Verrat an der polnischen Staatsraison. Dies ist das unglückliche Erbe von Regierungen, die Pathologie zur Norm machen.

Die Pathologie wächst in Menschen und Institutionen hinein. Sie vergiftet die Zukunft. Das nationale Erwachen vom 15. Oktober 2023 muss bei den Wahlen am 9. Juni 2024 bestätigt werden. Um die europäische Zukunft der nächsten Generationen willen!

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,31011667,zohydowanie-unii-europejskiej-tak-zatruwaja-nasza-przyszlosc.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: fbcdn.net

„Der Zentralflughafen CPK und die gesamte damit verbundene Infrastruktur sind für die Entwicklung Polens unerlässlich. [...]

Wenn wir uns entwickeln und immer wohlhabender werden, werden immer mehr Menschen den Luftverkehr nutzen wollen. Aber meine Herrschaften, mit eigenen Flugzeugen. Ja, wir werden immer mehr reiche Leute in Polen haben, die ihre eigenen Flugzeuge haben werden. Sie werden Flughäfen brauchen, Orte, an denen diese Flugzeuge abgestellt werden.“

Andrzej Duda - Präsident der Republik Polen

Quelle: <https://next.gazeta.pl/next/7,151003,31009882,andrzej-duda-o-cpk-to-lotnisko-musi-w-polsce-powstac-i-trzeba.html>

mdr.de

Polen muss für Tagebau in Turów 68,5 Millionen Euro an die EU zahlen

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/tagebau-turow-stop-polen-eu-strafe-100.html>

deutschlandfunk.de

Schießunterricht an Schulen als Reaktion auf Russlands Krieg

<https://www.deutschlandfunk.de/reaktion-auf-russische-bedrohung-schiessunterricht-an-polnischen-schulen-dlf-cfb7495f-100.html>

taz.de

Gegen Verräter und bezahlte Knechte

<https://taz.de/Polen-vor-der-EU-Wahl/!6012552/>

zdf.de

Wie Russland Polen sabotiert

<https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/heute-in-europa/wie-russland-polen-sabotiert-100.html>

zdf.de

Polen launcht Programm für mehr Grenzschutz

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/polen-grenzschutz-programm-ukraine-krieg-russland-100.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik